

linke FÜR EINE SOZIAL_GERECHTE GESELLSCHAFT

LINKEstmk

<http://www.linkestmk.at/>
www.linkewoche.at/

Solidarität statt Kriegshetze

Für eine europäische Sozial-Gemeinschaft

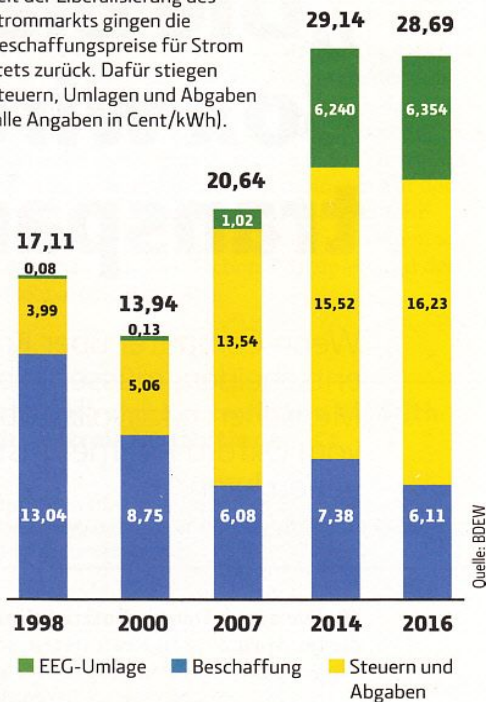
Für einen sozial-gerechten Welthandel!

Überall in der EU werden die Gesetze zum Schutz von Kleinbetrieben, Lohnabhängigen und Mittellosen aufgelassen und durch Raubgesetze zugunsten von Kapitaleignern ersetzt (Bankgebühren, Anlegerwohnungen, Förderung der exportorientierten Agrarindustrie usw.).

Der Staat tritt dabei für die Besitzlosen als Preistreiber auf und nimmt noch dazu ungefragt immer mehr Schulden im Namen dieser Besitzlosen auf.

Billiger Strom, hohe Abgaben

Seit der Liberalisierung des Strommarkts gingen die Beschaffungspreise für Strom stets zurück. Dafür stiegen Steuern, Umlagen und Abgaben (alle Angaben in Cent/kWh).



Quelle: *Technologie Review* 9/2015; S. 101.

Teurer werden: Strom, Wohnung, Zigaretten, öffentlicher Verkehr, Benzin usw. und dies trotz niedrigen Ölpreis und trotz sinkender Löhne

Staatsschulden im Vergleich

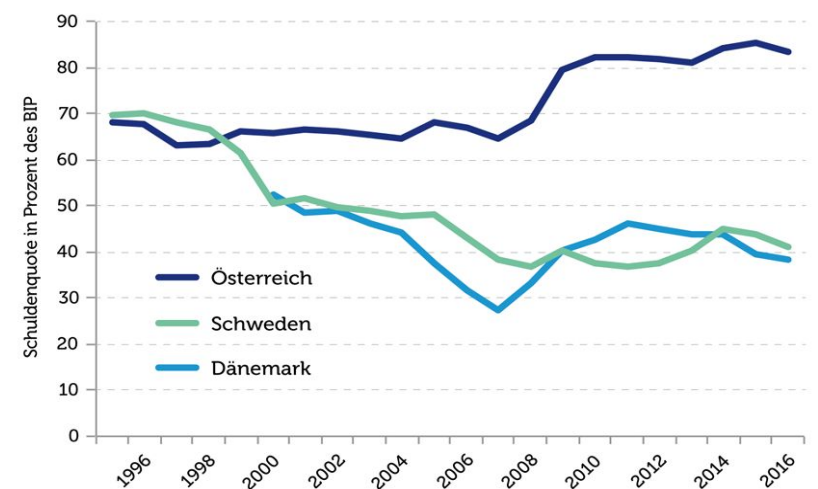


Abbildung 1: Quelle: Agenda Austria

Die Schulden steigen, trotz Privatisierung, trotz anspringender Konjunktur.

Auch die EU mit ihrer Inflationspolitik der EZB, die den Geldmarkt mit ungedeckten Euros massenweise überschwemmt, macht dies in unserem Namen und mit unserer Haftung.

Gegen sozial Benachteiligte wird immer härter vorgegangen! Das AMS rühmt sich, 104.000 mal Bezüge gesperrt und 17.000 *Verweigerern* die Arbeitslose aberkannt zu haben (siehe Österreich, 10.3.2017; S 8)



Beenden wir diese „tagtägliche Komplizenschaft mit der kannibalischen Weltordnung“ (Ziegler2008, S. 24).

Die neoliberale Hegemonialpolitik bedroht immer mehr Existenzen – auch unsere eigene!

Die Nato breitet sich aggressiv in den Ländern des ehemaligen Warschauer Pakts aus – entgegen der Abrüstungsplänen der Vergangenheit.

Handelsbeziehungen mit Russland werden abgebrochen, Konfliktherde weltweit geschürt! Wie 1932 scheint die Lösung der Wirtschaftskrise wieder mit einem Krieg angestrebt zu werden.

Die NATO will, daß in Europa die Mitgliedsländer ihr Rüstungsbudget auf 2% des BIP steigern - zum Vergleich: 2015 gab Österreich 0,7% des BIP für Rüstung aus. (Quelle Statista.com)! Die meisten EU-Länder sind NATO-Mitglieder – d.h. für Soziales gibt es in der EU dann noch weniger Geld – die sozialen Spannungen werden daher steigen und ein kriegerischer Konflikt (auch in der EU) wird wahrscheinlicher.

Jean Ziegler nennt diesen, nach Vormacht strebenden Machtkomplex „Das Imperium der Schande“ (Ziegler 2008).

„Der Zynismus der EU-Kommissare in Brüssel ist bodenlos. Sie fabrizieren Hunger in Afrika und organisieren auf den Meeren die Jagd nach Hungerflüchtlingen“ (Ziegler 2008, S.13).



Abbildung 2: Deutsche Fahne in der grazer Belgier-Kaserne

Die Folgen dieser Politik sind:

- Krisen
- Kriege
- Hunger und Elend
- Flüchtlingsströme

Auch Österreich wird, trotz offizieller Neutralität, immer stärker in die NATO-Verbände eingebunden.

Schon heute sind ausländische bewaffnete Kräfte in Österreich! Dies ist ein klarer Bruch der Staatsvertragsbestimmungen.

Es würde Österreich mit seiner Geschichte gut zu Gesicht stehen, hier nicht mitzumachen.